

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

gestern war ein Tag der ungeahnten Möglichkeiten. Nachdem witterungsbedingt alle Termine abgesagt wurden, hat sich mir die Möglichkeit eröffnet, mich anstatt Grußworten bei einer Kulturveranstaltung und Ehrungen beim Weißen Ring um die weiße Pracht vor meiner Haustür zu kümmern und so kam ich an diesem Wochenende zu drei ungeplanten Stunden Sport und Bewegung. Und Schneeschaufeln hat ja – gerade wenn man kaum vorankommt – etwas Meditatives. Und da fiel mir ein, dass früher ein ganz normaler Wintertag war, was heute als Schneechaos betitelt wird. Dass wir in Autos ohne ABS und Allrad 200 km zu Auswärtsspielen fahren und »tschuldigung« murmelten, wenn wir eine Stunde zu spät kamen. Und wenn's wirklich zu winterlich wurde, hieß der allgemeine Rat: »Nehmt doch die Bahn!« Heute kommen noch vor dem Schneepflug WhatsApp-Nachrichten

von Spielleitern, Eltern und Behörden mit dem jovialen Rat: »Leute, bleibt's daheim.« Und die Bahn ist die Erste, die ihren Betrieb einstellt. Vollständig, flächendeckend. Sind wir einfach achtsamer und verantwortungsvoller geworden? Aber warum hat vor 40 Jahren mit denselben Gleisen, aber weniger Technik und älterer Gerätschaft funktioniert, was heute bei jeder Unregelmäßigkeit zusammenbricht? Oder neudeutsch: Wieso waren wir vor Jahrzehnten resilienter als heute? Die Systeme sind komplexer, die Techniken sensibler geworden. Vor allem aber ist alles so kostenoptimiert – besser: auf Kante genäht –, dass es an Reserven für den Fall fehlt, dass etwas im normalen Betrieb herausfordernd wird. Riesige Puffer gibt es dagegen bei allen Sicherheitsvorschriften, sei es Brandschutz, Lärmschutz, auch Arbeitsschutz, eben allem, was uns bürokratisch hemmt. Manches davon begünstigt unser größtes Problem: Ob Fußball, Wirtschaft oder Politik, man gewinnt zunehmend das Gefühl, dass in anderen Ländern der Wille größer ist, voranzukommen, dass es bei uns zwar genug Knowhow, Innovationskraft und immer noch gute Rahmenbedingungen gibt, aber weniger Enthusiasmus, weniger Bereitschaft, bis an Grenzen zu gehen, schlicht weniger Leistungsbereitschaft.

In einem Land, in dem Bundesjugendspiele in Verruf geraten, weil sie Kinder unnötig unter Leistungsdruck setzen, sind wir dann schon glücklich, wenn unsere U17 Fußball-Weltmeister wird. Denn dann wird bei den Großen schon auch alles irgendwie wieder besser werden.

Das ist ungefähr so blauäugig wie anzunehmen, der Chef des staatlichen Ölkonzerns von Dubai wäre der richtige Vorsitzende für die Weltklimakonferenz, die den Ausstieg aus Öl und Kohle beschleunigen soll. Oder ein Kanzler, der bekannt dafür ist, in seinen Reden wenig mitreißend Nichts zu sagen, könnte eben diese Konferenz aufrütteln.

Vielleicht beschreibt folgendes Bild, das mir ganz ohne Leistungsdruck schneeschaufelnd in den Sinn kam, den Zustand unseres Landes ganz gut: Deutschland ist das Land, das sich als Mannschaft gern an frühere Erfolge erinnert, im

entscheidenden Spiel aber ohne Biss in der Abwehr, ohne System im Spielaufbau und ohne die Chancen im Angriff zu nutzen, nur durch uninspiriertes Ballhalten und Wehklagen gegen den Schiedsrichter auffällt, wobei dann beim 0:2-Halbzeitstand der Bundestrainer in der Kabinenansprache nur die eine entscheidende Frage stellt: »Ist Euer Pausentee angenehm lauwarm?«

Leider haben wir keinen Rudi Völler und keinen Jupp Heynckes als Bundeskanzler. Aber das ist eine ganz andere Geschichte...

Mehr über meine Woche lesen Sie in diesem Newsletter. Ich wünsche Ihnen eine Woche ohne Zugausfälle, Ihr



Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



In den konstituierenden Ausschusssitzungen wurden drei Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion zu Ausschussvorsitzenden gewählt, drei weitere zu stellvertretenden Vorsitzenden (v.l.): Bernhard Pohl, Roland Weigert, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Ulrike Müller, Dr. Martin Brunnhuber und Werner Schießl. Foto: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

MEINE WOCHE IM LANDTAG

Diese Woche haben die Landtagsausschüsse ihre Arbeit aufgenommen. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes wurden Petitionen behandelt, im Wissenschaftsausschuss über Anträge beraten. Und im Haushaltsausschuss stand der Bericht von Finanzminister Füracker auf der Agenda. Vorausgegangen war die **Einsetzung der 14 ständigen Ausschüsse für die 19. Wahlperiode vergangene Woche**. Dabei wurden drei Abgeordnete unserer FREIE WÄHLER-Fraktion zu Ausschussvorsitzenden gewählt, drei weitere zu stellvertretenden Vorsitzenden.

Erstmals seit der Parlamentarischen Sommerpause wurden in der Plenarsitzung auch wieder Dringlichkeits-

anträge diskutiert – unsere Fraktion hat sich dabei unter anderem für die finanzielle Entlastung von energieintensiven Betrieben eingesetzt und vom Bund mehr Engagement bei der Migrationsfrage gefordert.

RÜCKBLICK

LANDTAG HAT AUSSCHÜSSE FÜR 19. WAHLPERIODE EINGESETZT

Der Landtag hat eine weitere wichtige Wegmarke erreicht: die 14 ständigen Ausschüsse für die 19. Wahlperiode wurden eingesetzt. In den konstituierenden Sitzungen wurden drei FREIE WÄHLER-Abgeordnete zu Ausschussvorsitzenden gewählt, drei weitere zu stellvertretenden Vorsitzenden.

Roland Weigert wurde zum Vorsitzenden des Innenausschusses gewählt. Seine Ziele: Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Schub für die Verwaltungsmodernisierung und Stärkung der Bürgerbeteiligung. Beim Thema innere Sicherheit will Weigert noch stärkeres Augenmerk auf die Kriminalitäts- und Extremismusbekämpfung legen.

Prof. Dr. Michael Piazzolo hat den Vorsitz des Wissenschaftsausschusses inne, den er bereits in der 17. Wahlperiode leitete. Er strebt eine stetige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Lehrende, Beschäftigte und Studierende an. Zudem will er sich für die Modernisierung und Erweiterung der Museen- und Theaterlandschaft und eine bestmögliche Unterstützung Kulturschaffender starkmachen.

Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes ist **Dr. Martin Brunnhuber**. Brunnhuber, selbst Beamter, will belastbare Antworten auf wichtige Fragen rund um den öffentlichen Dienst in Bayern finden. Sein Ziel ist, Arbeitsbedingun-

gen und Perspektiven der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und insbesondere eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen.

Fraktionsvize **Bernhard Pohl** wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt. Er will, dass der Einsatz staatlicher Mittel effizienter wird und sich auf notwendige Aufgaben beschränkt. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner will Pohl zudem dafür sorgen, dass Bayern auch in Zukunft ohne Neuverschuldung auskommt.

Ulrike Müller hat fortan den stellvertretenden Vorsitz des Europaausschusses inne. In dieser Funktion will sie sich intensiv mit ihren im Europaparlament erworbenen Kontakten einbringen und die vielfältigen Beziehungen des Freistaats mit europäischen und außereuropäischen Partnerschaftsregionen pflegen.

Stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses ist **Werner Schießl**. Er will angesichts steigender Kreditzinsen und des Fachkräfte- und Baustoffmangels sein Bestes geben, um das Versagen der Bundesregierung im Kampf gegen Baupreissteigerungen aufzufangen – so weit es in Bayern möglich ist. Mehr [\[HIER\]](#).

»Die entscheidende Stellschraube ist, dass weniger Menschen ohne Aufenthaltsrecht zu uns kommen.«



MIGRATIONSKRISE: KOMMUNEN ENTLASTEN UND WEITERE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT VERHINDERN!

Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir diese Woche Bund und EU zur Lösung der Migrationsfrage gedrängt. Denn angesichts der vollkommenen Überlastung bayerischer Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen schwindet die Akzeptanz der Bevölkerung für eine Aufnahme weiterer Menschen. Populistische und rechtsextreme Strömungen schlagen daraus Profit und erhalten erschreckend hohen Zulauf. Deshalb müssen wir eine weitere Spaltung der Gesellschaft verhindern.

Auf Ebene des Bundes und der EU müssen endlich wirksame Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung ergriffen und diese auch unverzüglich umgesetzt werden. Die entscheidende Stellschraube ist dabei, dass weniger Menschen ohne Aufenthaltsrecht zu uns kommen. Hierzu fordern wir **eine rechtssichere Ausweitung der Zurückweisungsmöglichkeiten an den deutschen Grenzen.** Zudem müssen vermehrt Asylverfahren schnell und transparent an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden und auch die Gerichtsverfahren beschleunigt werden.

Außerdem muss Berlin Wort halten und die angekündigte »Rückführungsoffensive« umsetzen. Zudem müssen mehr Rückführungsabkommen mit Drittstaaten abgeschlossen werden und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten endlich erweitert werden. Mit der Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber ist Bayern dem Bund bereits jetzt einen Schritt voraus: Wir fordern die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen – bundesweit. Mehr lesen Sie [\[HIER\]](#).

ERFOLG FÜR UNSERE FRAKTION: EU GENEHMIGT NIEDRIGERE FLEISCHHYGIENE GEBÜHREN IN BAYERN

Seit Jahren dominieren Großschlachthöfe die Fleischproduktion. Allerdings gefährdet eine starke Konzentration auf wenige Produktionsstätten die Versorgungssicherheit. **Dezentral organisierte Schlachthöfe mit regionalen Wertschöpfungsketten dagegen bieten Stabilität und sichern die regionale Versorgung mit Lebensmitteln.**

Deshalb haben wir uns bereits in der letzten Legislaturperiode für eine stärkere Unterstützung für das Metzgereihandwerk und die regionale

Fleischerzeugung sowie für einheitliche und vor allem niedrige Fleischhygienegebühren eingesetzt.

Diese Woche erreichten uns endlich gute Nachrichten aus Brüssel: **Die EU-Kommission hat unseren bayerischen Vorstoß genehmigt, kleinere regionale Fleischerzeuger durch die Herabsenkung der Schlachtgebühren zu entlasten.** Damit wird ein seit Jahren herrschendes Ungleichgewicht endlich beendet: Denn bislang haben die hohen Gebühren, die Kommunen für die Fleischhygiene verlangen müssen, kleinere Schlachthöfe ungleich stärker belastet als große Betriebe.

Mit der Erlaubnis zur Reduzierung der Schlachtgebühren gehen wir einen wichtigen Schritt, um möglichst viele handwerklich geführte Betriebe zur Schlachtung sowie Fleischverarbeitung in allen Teilen Bayerns zu erhalten. Denn jetzt können auch kleinere Schlachthöfe wieder konkurrenzfähig wirtschaften. Das sind sehr gute Nachrichten für den Agrarstandort Bayern – und ein großer Erfolg für unsere Fraktion! Mehr lesen Sie [\[HIER\]](#).



GASTRONOMIE: MEHRWERTSTEUER MUSS DAUERHAFT AUF SIEBEN PROZENT GESENKT WERDEN

Ab 2024 soll der Umsatzsteuersatz für die Gastronomie wieder auf 19 Prozent steigen – so hat es die Bundesregierung beschlossen. **Eine Entscheidung, die allein in Bayern Tausende Gastronomiebetriebe in Existenznot bringt.** Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir uns diese Woche deshalb dafür eingesetzt, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent dauerhaft bestehen bleibt.

Die von der Ampel geplante Steuererhöhung um satte zwölf Prozentpunkte würde zu einer Ungleichbehandlung im Vergleich zu anderen Lebensmittelangeboten führen – etwa verzehrfertigen Essensangeboten im Supermarkt. Diese werden weiter nur mit sieben Prozent besteuert. Zudem hätte eine Steuererhöhung gravierende Auswirkungen auf

die Gastronomiebranche und deren Dienstleister: Der Hotel- und Gaststättenverband Dehoga Bayern rechnet bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer mit einem Wegfall von mehr als 2.000 Gastronomiebetrieben. Das würde sich nicht zuletzt sehr negativ auf regional ansässige Metzger, Bäcker, Brauereien und weitere Zulieferer auswirken.

Es geht um nicht weniger als die Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der Bundespolitik und deren Ankündigungen: So hatte Bundeskanzler Scholz im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 bekanntgegeben, den Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent in der Gastronomie nicht mehr abschaffen zu wollen. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion ist klar: **Unsere nachhaltig wirtschaftenden Gastronomiebetriebe dürfen nicht Opfer einer verfehlten Haushaltspolitik der Bundesregierung werden und müssen sich auf Scholz' Versprechen verlassen können.** Mehr [\[HIER\]](#).



KURZNEWS

AKTUELLE STUNDE IM PLENUM: NULL TOLERANZ GEGENÜBER HASS, HETZE UND ANTISEMITISMUS

Der brutale Terror der Hamas gegen Israel hat leider auch in Deutschland zu einem aufgeheizten innenpolitischen Klima und zu einer Zunahme antisemitischer Straftaten geführt. Diese Entwicklung verfolgen wir nicht nur mit Sorge, sondern mit einer

Null-Toleranz-Politik: **Wer das Existenzrecht Israels leugnet, die Gräueltaten der Hamas verherrlicht oder Juden in Bayern bedroht, bekommt die volle Härte des Rechtsstaats zu spüren.** Juden müssen sich hier sicher fühlen und jeden Tag aufs Neue spüren, dass sie integraler Teil unserer Gesellschaft sind. Deshalb sind unsere Sicherheitsbehörden besonders wachsam: Wir schützen jüdische Einrichtungen konsequent, wir dulden weder Jubelfeiern für Terroristen noch Hetze gegen Israel und wir schauen bei entsprechenden Inhalten in den sozialen Medien genau hin. **Außerdem setzen wir auf mehr politische Bildung in Gestalt einer Verfassungs-Viertelstunde:** Jede Woche soll im Unterricht 15 Minuten lang über eine Textstelle aus dem Grundgesetz oder der bayerischen Verfassung gesprochen werden. So lernen junge Menschen, wie unser Rechtsstaat aufgebaut ist und warum sich jeder an gewisse Grundsätze halten muss, wenn unsere Gesellschaft funktionieren soll. Mehr [\[HIER\]](#).



Foto: Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

KONZERTSAAL IM MÜNCHNER WERKSVIERTEL ZÜGIG REALISIEREN!

Unsere Fraktion hat sich im Koalitionsvertrag klar zum Bau des Konzerthauses im Münchner Werksviertel bekannt. Wir sind deshalb erleichtert, dass die Denkpause des Ministerpräsidenten beendet ist. Uns ist es ein Herzensanliegen, einen Konzertsaal für ganz Bayern, der der internationalen Bedeutung seiner Klangkörper gerecht wird, zügig zu realisieren. Schließlich haben zahlreiche Beispiele in ganz Europa bereits unter Beweis gestellt, dass sich ein qualitativ hochwertiger Konzertsaal auch mit weniger Finanzmitteln umsetzen lässt. Weitere Informationen [\[HIER\]](#).

UNSER DRINGLICHSANTRAG IM PLENUM: UNTERNEHMEN MÜSSEN BEI ENERGIEKOSTEN ENTLASTET WERDEN

Das Bundesverfassungsgericht hat die Umschichtung von 60 Milliarden Euro in den Klima- und Transformationsfonds

(KTF) für verfassungswidrig erklärt. **Durch das Urteil steht die Möglichkeit massiver Umschichtungen des Bundeshaushaltes im Raum.** Mittels Dringlichkeitsantrag hat unsere Fraktion deshalb diese Woche auf notwendige Entlastungen für Unternehmen bei Strompreisen gedrängt. Denn für uns steht fest: Trotz Haushaltschaos in Berlin müssen Industrie und Mittelstand in Bayern dringend vom Bund bei den Energiekosten entlastet werden. Unsere Wirtschaft braucht jetzt rasch die klare Zusage, dass die Energiepreisentlastungen auch wirklich kommen.

Aus unsere Sicht müssen die Maßnahmen sogar noch ausgeweitet werden: Aktuell bezahlen Unternehmen in Bayern und ganz Deutschland für ihren Stromverbrauch ein Vielfaches von dem, was die Konkurrenz in Frankreich oder den USA aufbringen muss. Das ist ein erheblicher Wettbewerbsnachteil. **Die Stromsteuer muss daher endlich auf das europarechtlich zulässige Mindestmaß gesenkt werden - branchenübergreifend für alle Unternehmen und auch private Verbraucher.** Um die Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Unternehmen zu erhalten, reicht das allerdings nicht aus. **Deshalb fordern wir ferner einen zeitlich befristeten Industriestrompreis.** Weitere Details [\[HIER\]](#).



Foto: Andreas Geber

DIE NEUE FRAKTION SAGT »HALLO«

Eine starke Truppe: Nach den turbulenten ersten Wochen im Landtag hat sich unsere FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion zu einem ersten Gruppenfoto zusammengefunden – 20 neue Abgeordnete sorgen für ordentlich frischen Wind, 17 Landtagsroutiniers für die nötige Stabilität. [\[HIER\]](#) geht's zum Instagram-Post.

NOTRUFSAULE, KORREKTURMECHANISMUS UND SEISMOGRAPH: WAS DER PETITIONSAUSSCHUSS FÜR BAYERNS BÜRGER LEISTET!

Jetzt sind wir so richtig in die Landtagsarbeit gestartet: Diese Woche fand die fünfte Plenarsitzung statt und viele Ausschüsse kamen im Maximilianeum zu ihren ersten Arbeits-sitzungen zusammen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Petitionsausschuss: Dieser entscheidet über Eingaben und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern – etwa bei Ärger mit der Verwaltung oder bei Hinweisen auf Missstände. Wie wertvoll dieses Instrument ist, erklärt der Fraktionsvorsitzende Florian Streibl im aktuellen »Wochendurchblick«. [\[HIER\]](#) geht's zum Video.



WAS SONST NOCH LOS WAR

KONSTITUIERENDE SITZUNG VERFASSUNGS- UND RECHTSAUSSCHUSS

Woran merkt man, dass man älter wird? Zum Beispiel daran, dass man den Vorsitz in Gremien nicht aufgrund besonderer Qualifikation, sondern als Ältester übertragen bekommt. So in dieser Woche geschehen, als ich den Vorsitz in der konstituierenden Sitzung des Landtagsausschusses für Verfas-

sung, Recht, Parlamentsfragen und Integration übernehmen durfte. In erster Linie ging es bei dieser ersten Sitzung um die Wahl der Ausschussvorsitzenden und des Stellvertreters. Warum es fatal gewesen wäre, den von der AfD vorgeschlagenen Kandidaten in dieses verantwortungsvolle Amt zu heben, habe ich ja schon letzte Woche erläutert. Zur Vorsitzenden gewählt wurde jedenfalls die Kollegin Guttenberger (CSU). Ich freue mich jetzt auf die inhaltliche Arbeit in den nächsten fünf Jahren gemeinsam mit meinen Mitstreitern aus der FW-Fraktion, Martin Scharf (Oberpfalz) und dem parlamentarischen Geschäftsführer Felix Locke (Mittelfranken).



VORSITZ DER INTERNATIONALEN PARLAMENTARISCHEN BODENSEE-KONFERENZ (IPBK)

Ebenfalls den Vorsitz führen durfte ich am Freitag erstmals bei der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK), welche dieses Mal im Bayerischen Landtag in München stattgefunden hat. Ich durfte die Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage Baden-Württemberg, Liechtenstein, Vorarlberg, der Kantonsparlamente Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich im Maximilianeum begrüßen. Den meis-



ten wird die Internationale Parlamentarisch Bodensee-Konferenz nicht ad hoc etwas sagen. Sie ist eine Organisation, die sich auf die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Bodensee-Anrainerstaaten konzentriert. Sie wurde 1994 gegründet, um den Dialog und die Kooperation zwischen den Parlamenten der Bodensee-Anrainerstaaten zu fördern. Ziel ist es, gemeinsame Anliegen zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und Lösungen für regionale Herausforderungen zu finden. Als II. Vizepräsident des Bayerischen Landtags habe ich in der neuen Legislatur den Vorsitz von Karl Freller, dem ehemaligen I. Vizepräsidenten, übernommen.

Es ist als Allgäuer nicht nur durch die Nähe zum Bodensee eine besondere Ehre für mich, die hervorragende Arbeit und Führung von Herrn Freller fortan zu übernehmen. Das Gremium hat in den letzten Jahren unterschiedlichste Themen behandelt, von der Fischereiwirtschaft über Barrierefreiheit bis hin zu Notfallplänen oder nachhaltige Schiffsantriebe. Die »gelebte Nachbarschaft« zeigt, was man gemeinsam alles erreichen kann, wenn Abgeordnete der vier Regionen zusammenkommen. Ich durfte bei dieser Konferenz zum Abschluss den Staffelstab an das Kantonsparlament Appenzell Interrhoden abgeben, welches künftig ein Jahr lang den Vorsitz der IPBK führt.

VERWALTUNGSRAT UND ZWECKVERBAND DER SPARKASSE ALLGÄU

Gut vorbereitet und daher relativ geräuschlos haben wir in diesem Jahr die Fusion der Sparkasse Allgäu, die bisher das Oberallgäu, Kempten und das Ostallgäu umfasst hat, mit der Sparkasse Kaufbeuren unter Dach und Fach gebracht.

Ein wichtiges Projekt im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger. Denn nur in gemeinsamer Stärke und mit entsprechend größeren Bilanzsummen können unsere Sparkassen auch für künftig noch schwierigere Zeiten zukunftsfest machen und so das regionale Angebot und die persönliche Betreuung aufrechterhalten!

Gelingen kann das nur, wenn die künftigen Partner sich vertrauensvoll und auf Augenhöhe begegnen. Umso schöner war es, in dieser Woche bei der ersten gemeinsamen Sitzung des Verwaltungsrates und des Zweckverbandes der fusionierten neuen Sparkasse Allgäu und einem anschließenden Abendessen nicht nur die neuen Kollegen kennen zu lernen, sondern zu spüren, dass alle Beteiligten gern und aus Überzeugung »zusammenwachsen« und tatsächlich an einem Strang ziehen zum Wohl der ganzen Region!

FACHAUSTAUSCH MIGRATIONS-PROZESS GOETHE-INSTITUT

Jenseits aller derzeit aufgeregten Debatten ging es in dieser Woche bei einer Abendveranstaltung des Goethe-Instituts in München um die Frage, wie vor dem Hintergrund des novellierten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes der Migrationsprozess mit vereinten Kräften erfolgreich gestaltet werden kann. Ein wichtiges Austauschforum mit spannenden Gästen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

GEMEINSAME FRAKTIONSSITZUNG STADTRAT UND KREISTAG

Und noch einmal ging es in dieser Woche um wichtigen Austausch: Gemeinsam haben wir in dieser Woche mit den Fraktionen der Freien Wähler im Kemptener Stadtrat und im Kreistag Oberallgäu und der Landrätin Indra Baier-Müller die wichtigen Zu-

kunftsthemen der Region besprochen. Vom ÖPNV bis zur Flüchtlingsunterbringung: Die Zeit des Kirchturmdenkens ist im Allgäu längst vorbei!

HAUSHALTSBERATUNGEN IM KEMPTENER STADTRAT

In vielen Gemeinden gestaltet sich die Aufstellung der kommunalen Haushalte zunehmend schwieriger. So auch in Kempten, wo insgesamt sechs Nachmittage und Abende für die Haushaltssitzungen des Haut- und Finanzausschusses anberaumt sind. In dieser Woche saßen wir von 15 Uhr bis kurz vor 23 Uhr zusammen, um den Haushalt 2024 vorzubringen. Nach ein paar Jahren Schuldenfreiheits sieht es so aus, dass die Verschuldung der Stadt in den kommenden vier Jahren in nie dagewesener Geschwindigkeit nach oben schnellen wird. Trotzdem sollen weder soziale Projekte noch Kultur oder Sport zu kurz kommen und überfällige Bauprojekte für Schulen und Kinderbetreuung müssen vorangetrieben werden. Da stehen uns noch ein paar lange und schwierige Abende bevor...

INITIATIVEN ZUR FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG – BAYERNHEIM SOLL UNTERKÜNFTE BAUEN

Zusammen mit meinem Fraktionskollegen Bernhard Pohl aus Kaufbeuren habe ich diese Woche umgehende Hilfestellungen für die Landkreise, Städte und Gemeinden bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Gemeinsam haben wir den Bayerischen Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) gebeten, mit Hilfe der staatlichen Wohnungsbau-Gesellschaft BayernHeim flächendeckend Flüchtlingsunterkünfte in Festbauweise zu errichten, damit das Problem der Unterbringung nun endlich zeitnah gelöst wird. Darüber hinaus haben wir uns an die Bundesminister Christian Lindner (FDP) und Boris Pistorius (SPD) gewandt, um eine Nutzung von Teilen der Grünen-Kaserne zur Flüchtlingsunterbringung zu ermöglichen. Container und Zelte, zum Teil noch dazu in kleinen Gemeinden, das kann nicht die Lösung für die Flüchtlingsunterbringung sein! Das führt zwangsläufig zu Ablehnung und Unfrieden und stärkt dadurch am Ende radikale Kräfte. Eine vernünftige Unterbringung der Menschen in einfachen, funktionalen, aber gleichzeitig optisch verträglichen Gebäuden wäre eine

deutlich sinnvollere Lösung als störende Barracken in der Ortsmitte. Mehr dazu [\[HIER\]](#).

WELT-AIDSTAG 2023 – GEMEINSAM SCHLEIFE ZEIGEN

Vorurteile und Diskriminierung? Da mache ich nicht mit! Am 1. Dezember findet seit mehr als 30 Jahren der Weltaidstag statt. Schleife zeigen und positiv zusammenleben. Auch ich habe mich an diesem Tag beteiligt und die rote Schleife getragen, um die Rechte der HIV-positiven Menschen weltweit zu bekräftigen und zu einem Miteinander ohne Vorurteile und Ausgrenzung aufzurufen. In Deutschland leben rund 90.800 Menschen mit HIV. Ich mache mich voller Überzeugung für einen vorurteilsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen stark. Gemeinsam gegen Stigmatisierung, gemeinsam für Prävention. Besonders durch die Coronapandemie lag der Fokus verstärkt auf Covid19 und andere Viruserkrankungen sind dadurch wieder etwas in den (gedanklichen) Hintergrund geraten. Umso wichtiger, das jetzt wieder zu ändern. Die Deutsche Aidsstiftung verbessert die Lebensbedingungen von Betroffenen und ist eine Anlaufstelle für alle, die sich informieren möchten. Mehr dazu [\[HIER\]](#).



IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.S.d.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de